

Kapitel 2

Zins, Geld und der Staat

1.

Im dritten Band des *Kapital* ändert sich die Sprache von Marx plötzlich. Hier geht es nicht mehr vorrangig um Warenfetischismus und Entfremdung oder um den Wert der Arbeitskraft und Mehrwert. Marx spricht jetzt von gesellschaftlichen Klassen, wie sie wirklich vorkommen – von Arbeitern, Industriekapitalisten, Geldverleihern, Grundeigentümern, Bauern usw. – sowie von Einkommen, wie sie unmittelbar in den Statistiken auftauchen – von Löhnen, Industrie- und Handelsprofiten, Zinsraten, Grundrenten usw. Hier beginnt er, über die politische Ökonomie hinauszugehen und sich deutlicher auf den historischen Materialismus zu beziehen.

2.

Marx' Äußerungen zu Geld und Zins sind über verschiedene Teile seines Werks verstreut. In den Vorarbeiten und Entwürfen zum *Kapital* (besonders in den *Grundrissen*) stellt er eine Reihe sehr konkreter Überlegungen an: Beobachtungen zur Diskontraten-Politik der Bank of England oder der Banque de France in bestimmten historischen Phasen, kritische Gedanken zu den Kommentaren maßgeblicher zeitgenössischer Ökonomen zu diesen Politiken usw. Eine explizite Theorie zu diesen Phänomenen findet sich im dritten Band des *Kapital* allerdings nicht. Dennoch können wir Marx' Schriften eine Theorie der Zinsrate entnehmen, die folgende Elemente umfasst: (a) Zins ist der Ertrag von Geldkapital (nicht von produktivem Kapital); (b) Zins ist daher eine Kategorie der Verteilung; (c) die Zinsrate wird durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage für Geldkapital bestimmt, bei dem sich zwei Unterklassen, Gläubiger und Schuldner, gegenüberstehen; (d) die Zinsrate ist prinzipiell unbestimmt und kann überall

zwischen einer unteren Grenze (Zinsrate Null) und einer oberen Grenze (Zinsrate gleich Profitrate) liegen.

Diese Theorie scheint mir unzulänglich. Freilich zeigt Marx im Allgemeinen keine besondere Vorliebe für das Erklärungsmuster »Angebot und Nachfrage« und wenn er es benutzt, fragt er üblicherweise zu Beginn: Welche realen Kräfte bestimmen dieses Angebot und diese Nachfrage? Hier jedoch finden wir nichts dergleichen. Zunächst einmal ist die Theorie unzulänglich, weil die untere Grenze der Zinsrate zu niedrig und ihre obere Grenze zu hoch ist. Die Zinsrate kann nicht Null sein, weil es dann keine Gläubiger gäbe. Sie kann nicht gleich der Profitrate sein, weil dann die produktiven Kapitalisten die Produktion einstellen und folglich kein Geld entleihen würden.

Vor allem aber ist sie unzulänglich, weil das Postulat zweier Unterklassen von Kapitalisten, die als voneinander unabhängig gedacht werden, Marx' Vorstellung vom Geld widerspricht. Denn Marx zufolge ist die Nachfrage nach Geld, der gesellschaftliche Bedarf nach einer bestimmten Geldmenge, *a priori* durch die Bedingungen der erweiterten Reproduktion festgelegt, wobei die Parameter der Produktionszweige und die Preise unabhängig von der verfügbaren Geldmenge bestimmt werden. Diese entschieden gegen die Quantitätstheorie gerichtete Position wurde im Marxismus übernommen, weiterentwickelt und in Bezug auf die Schemata der erweiterten Reproduktion präzisiert (vgl. Kapitel 1). Darüber hinaus geht diese Position davon aus, dass sich das Geldangebot an den gegebenen Bedarf anpasst. Die Schaffung und Vernichtung von Kredit durch das Bankensystem übernimmt diese Funktion.

Daher ist nicht einsehbar, wie das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage die Zinsrate in irgendeiner Weise bestimmen könnte. Wir beobachten keine zwei unabhängigen Unterklassen, die sich auf einem Markt des Verleihens und Entleihens gegenüberstehen. Wir beobachten lediglich einerseits diejenigen, die Geld nachfragen (die Gesamtheit der produktiven Kapitalisten, die in dem Maße Geld benötigen, wie ihnen eigenes Kapital fehlt), und andererseits Institutionen, die diese Nachfrage bedienen. Was verkörpern diese Institutionen? Sie bilden keine Unterklasse der Bankiers. Auch wenn die Banken private Institutionen sind und die Notenbank, der sie unterworfen sind, da diese letztlich die Geldgeberin ist, auch eine private Institution ist, hat staatliche Politik stets – auch im 19. Jahrhundert – eingegriffen, um das Geldangebot zu regulieren. Das Geldsystem des Kapitalismus war immer relativ zentralisiert. Entscheidend ist, dass die Notenbank – wie der Staat – das kollektive Interesse der bürgerlichen Klasse vertritt. Die »zwei-

hundert Familien«, die Anteile an der Banque de France besaßen, waren nicht einfach nur Geld verleihende Kapitalisten; sie bildeten – mittels dieser Bank – auch den Kern der französischen Bourgeoisie. Hier stehen sich folglich nicht zwei Unterklassen gegenüber, sondern die Kapitalisten als untereinander rivalisierende Individuen (das fragmentierte Kapital) und die kollektiv organisierte Kapitalistenklasse. Der Staat und die Geldinstitutionen vertreten nicht partikulare Interessen, die anderen partikularen Interessen gegenüberstehen, sondern sie sind Ausdruck der kollektiven Interessen der Kapitalistenklasse und gleichsam das Mittel, mit dem das Aufeinandertreffen verschiedener Interessen reguliert wird.

3.

Die von Marx initiierte radikale Kritik der politischen Ökonomie hat den Dualismus von »Realwirtschaft« und »finanziellem Erscheinungsbild«, der dem Kapitalismus eigen ist, unmittelbar erfasst. Den Kapitalismus kennzeichnet nicht allein das Privateigentum an »realen« Produktionsmitteln (Fabriken, Vorräte usw.). Er drückt sich ebenso in den Eigentumsinstrumenten aus, die sich auf dieses »reale« Eigentum beziehen. Die Aktiengesellschaft ist das klassische Beispiel für eine solche Art der Finanzialisierung, bei der diese Eigentumsinstrumente als Waren zirkulieren. Der Dualismus von realem/fiktivem Kapital ist folglich nicht das Ergebnis einer »Abweichung«, schon gar nicht einer »jüngst erfolgten Abweichung«. Durch ihn manifestiert sich – von Anfang an – die Entfremdung, die für die kapitalistische Produktionsweise spezifisch ist. Aufgrund dieser Entfremdung wird die Produktivität gesellschaftlicher Arbeit – die einzig objektive Realität – durch die Produktivität separater »Faktoren« der Produktion ersetzt, zu denen selbstverständlich auch das Kapital (in Form von Eigentumsinstrumenten) gehört.

Diese Verknüpfung der beiden Gesichter – des realen und des fiktiven – der Akkumulation beginnt Marx im dritten Band des *Kapital*. Er wollte diese Frage in den folgenden Bänden, die er nicht mehr schreiben konnte, allerdings vertiefen.

Die Entfremdung der modernen kapitalistischen Welt trennt – wie diejenige früherer Epochen – die »Seele« vom »Körper« und schreibt der Seele (heute: Eigentum) die Herrschaft über den Körper (heute: Arbeit) zu. Die heutige Linke ist – als Gefangene des empiristischen Positivismus (besonders der im englischen Sprachraum vorherrschenden Variante) und wegen ihrer gleichzeitigen Marx-Allergie – leider schlecht gerüstet, um die Immanenz dieser Dualität und der unvermeidlichen Finanzialisierung zu begreifen.

Finanzialisierung ist also in keiner Weise eine bedauerliche Abweichung und ihr explosives Wachstum wirkt sich nicht nachteilig auf das Wachstum der »realen« produktiven Ökonomie aus. Entsprechend sind die Vorschläge im Namen einer »erstgenommenen Sozialdemokratie«, in deren Rahmen eine Kontrolle der finanziellen Expansion und eine Mobilisierung des »finanziellen Überschusses« zur Förderung von »realem« Wachstum gefordert wird, reichlich naiv. Die Tendenz zur Stagnation wohnt dem Monopolkapitalismus inne (vgl. Baran/Sweezy 1967; Magdoff/Sweezy 1987). Finanzialisierung bietet daher nicht nur die einzige Möglichkeit, um überschüssiges Kapital aufzufangen, sondern ist auch der einzige Stimulus für das seit den 1970er-Jahren schwächelnde Wachstum in den USA, Europa und Japan. Ein Zurückdrängen der Finanzialisierung würde das Wachstum der »Realwirtschaft« folglich nur noch weiter schwächen. Gleichzeitig macht die somit unausweichliche Finanzialisierung das globale Gleichgewicht fragiler und vervielfacht die Anzahl von »Finanzkrisen«, die sich dann wiederum auf die Realwirtschaft übertragen. Monopolkapitalismus ist notwendigerweise finanzialisiert; seine Reproduktion verläuft »von Blase zu Blase«. Eine Blase platzt, sobald das Streben nach unbeschränktem Wachstum aus irgendeinem Grund behindert wird; und das System kann die Finanzkrise, die durch dieses Platzen ausgelöst wird, nur durch das Schaffen und Aufblähen einer neuen Blase überwinden.

Vertreterinnen und Vertreter der »kritischen Linken« (diejenigen, die sich nicht offen dem Linkliberalismus anschließen wollen) glauben, dass sie Politiken zur Hand haben, die den Kapitalismus »regulieren« und ihn zwingen könnten, die legitimen sozialen Forderungen der Arbeiter und Bürger zu berücksichtigen. Sie haben Angst, als »unrealistische Radikale« (oder gar »Marxisten«) bezeichnet zu werden, falls sie etwas vorschlagen würden, das darüber hinaus ginge. Aber gerade ihre Vorschläge sind völlig unrealistisch – aus Gründen, die unter anderem Sweezy und Magdoff (1987) in ihrer frühen Analyse der Finanzialisierung geliefert haben.

Nach dem Finanzkollaps von 2008 gab es eine Flut von Desinformation, verbreitet von den marktbeherrschenden Medien mit Hilfe von »Experten«, im Zuge derer den Banken vorgeworfen wurde, die »Deregulierung missbraucht« zu haben, »Bewertungsfehler« (Subprime-Hypotheken) gemacht und sogar zu unlauteren Mitteln gegriffen zu haben – um so die »guten« Kapitalisten, die innovativ sind und in die reale Produktion investieren, vom Finanzsektor abzugrenzen und reinzuwaschen. Eine solche Aufspaltung ist jedoch unsinnig, denn die

gleichen Oligopole beherrschen gleichermaßen die Produktionssphäre wie die Finanzinstitutionen. Schlimmer noch: diese Aufspaltung beruht auf einer »Theorie«, die nichts davon weiß, dass ein Klassenstaat nur dann als Klassenstaat funktionieren kann, wenn er sich über die partikularen Interessen einzelner Kapitale stellt, so dass – besonders durch den Finanzsektor – die kollektiven Interessen des Kapitals gewahrt bleiben. Diese permanente und unvermeidbare staatliche Intervention wird als Regulation bezeichnet.

Diese Regulation findet in zwei Bereichen statt, in denen das kollektive Interesse des Kapitals den Vorrang hat. Der erste ist die Regulation des Konjunkturzyklus und der zweite die Regulation der internationalen Konkurrenz.

4.

Regulation der Konjunktur bedeutet nicht, ihren Zyklus zu unterdrücken, sondern – im Gegenteil – ihn geregelt zu intensivieren. Sie soll die Geschwindigkeit der Akkumulation in Zeiten der Hochkonjunktur maximieren und sie in Krisenzeiten durch Auflösung, Umstrukturierung und Zusammenlegung von Unternehmen regulieren. Diese Form der Regulation bekommt in der monetaristischen Konjunkturtheorie – dem Versuch, die bürgerliche Praxis der Konkurrenz zu rationalisieren – ihren ideologischen Ausdruck. Die Zinsrate fungiert als oberstes Instrument dieser Regulation.

Wenn der Staat über das Geldsystem die Zinsrate erhöht, greift die zentrale Autorität im kollektiven Interesse des Kapitals aktiv in die Wirtschaft ein. Die Anhebung der Zinsrate verschärft die Krise und vervielfacht die Fälle von Insolvenz. Aber dadurch wird die Zentralisation der Kapitale beschleunigt – die Voraussetzung für die Modernisierung des Produktionsapparats und die notwendigen Neuausrichtungen. Umgekehrt beschleunigt die Senkung der Zinsrate das Wachstum und ermöglicht der betreffenden Wirtschaft, maximalen Nutzen aus ihrer wiederhergestellten internationalen Konkurrenzfähigkeit zu ziehen.

5.

Der zweite Bereich ist die Konkurrenz zwischen nationalen Kapitalismen. Im 19. Jahrhundert war der Goldstandard (interne sowie externe Konvertierbarkeit) die »Spielregel«, die für die internationale Konkurrenz zwischen den zentralen kapitalistischen Formationen galt. Die hin- und herfließenden Ströme des gel-

ben Metalls reagierten folglich auf Unterschiede zwischen den Zinsraten. Diese Ströme waren eine Quelle bzw. Senke für das Geldangebot, das den nationalen Geldinstitutionen zur Verfügung stand. Geldpolitik – das heißt die Festlegung von Zinsraten – war somit ein Mittel, um in die Verhältnisse zwischen den unterschiedlichen nationalen Formationen einzugreifen. Auch hier half die Erhöhung der Zinsrate in Krisenzeiten, ein bedrohtes externes Gleichgewicht wiederherzustellen, indem »umlaufendes« Kapital aus dem Ausland ins Land geholt wurde.

Die Methoden zur Regulierung der internationalen Konkurrenz sind heute nicht mehr die, die Marx gekannt und kritisiert hat. Die Aufgabe des Goldstandards und die Verallgemeinerung flexibler Wechselkurse einerseits und das Aufblähen einer »dritten Abteilung« zur Absorption des überschüssigen Mehrwerts andererseits erfordern und ermöglichen eine große Vielfalt wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen. Diese Interventionen beruhen auf einer gesunden Dosis Empirismus: manches hat eben »funktioniert« und anderes nicht. Dabei wird jedoch auch auf ein riesiges Repertoire an »Theorien« zurückgegriffen, die von Keynes über Hayek bis zum Monetarismus der Chicagoer Schule reichen. Ständig werden neue Modelle entworfen, die den Anspruch erheben, das durch Beobachtung »Gegebene« umfassend zu berücksichtigen, so dass die Wirksamkeit der daraus abgeleiteten Politiken garantiert sei.

Selbstverständlich kann die Untersuchung der internationalen Konkurrenz nicht auf die abstrakte Analyse der »mechanischen« Beziehungen zwischen verschiedenen in- und ausländischen ökonomischen Größen reduziert werden: Volumen und Preise von Importen und Exporten, Kapitalströme und ihre Reaktion auf Profit- und Zinsraten usw. In diesem Zusammenhang ist vielfach behauptet worden, dass ökonomische Gesetze aus der empirischen Beobachtung der Tatsachen ableitbar sind. Tausende ökonometrischer Modelle sind zu diesem Zweck entworfen worden, aber die daraus gewonnenen Ergebnisse haben sich als dürftig erwiesen. Meistens können die aus der Beobachtung der Vergangenheit abgeleiteten Gesetze in der Zukunft nicht bestätigt werden und liefern den staatlichen Behörden keine wirksamen Kontrollinstrumente. Das liegt daran, dass die Modelle das Wesentliche oft nicht berücksichtigen: die Fortschrittsrate der Produktivkräfte, die Resultate des Klassenkampfes und die Auswirkungen letzterer auf erstere.

Meiner Ansicht nach muss hier der Grund dafür gesucht werden, dass Marx keine ökonomische Theorie der internationalen Beziehungen entwickelt hat. Bekanntlich kündigte er in den *Grundrissen* und einigen anderen vorbereitenden

Arbeiten fürs *Kapital* ein Kapitel über internationale Beziehungen an, das er aber nie schrieb. Hatte er keine Zeit dafür? Ich glaube eher, dass er seine Absicht aufgab, weil er merkte, dass eine ökonomische Theorie des Weltmarkts nicht möglich war. Bevor der ökonomische Aspekt der internationalen Beziehungen (die »ökonomischen Erscheinungen«, der sichtbare Teil des Eisbergs) angepackt werden konnte, musste eine gründliche Analyse in den Begriffen des historischen Materialismus erfolgen: Genau wie eine Analyse des Klassenkampfes auf nationaler Ebene die Basis für die Theorie der kapitalistischen Produktionsweise geliefert hat, so ist eine Analyse des Klassenkampfes auf der Ebene des globalen kapitalistischen Systems die Voraussetzung für eine Analyse der Weltwirtschaft.

Entsprechend habe ich in *Die ungleiche Entwicklung* (1975) dargelegt, dass eine »ökonomische« Theorie der internationalen Beziehungen unmöglich ist (117–120). Nachdem ich dort die ökonomischen Theorien des (sich von selbst einstellenden) Gleichgewichts der Zahlungsbilanz verworfen hatte, entschied ich mich für einen Forschungsansatz, der auf die Klassenkämpfe auf globaler Ebene gerichtet ist, die die strukturellen Anpassungen in und zwischen den Nationalstaaten im Rahmen der scheinbar geltenden ökonomischen Gesetze formen. Ich kam auf das Problem zurück, als ich die Fragen des historischen Materialismus und ihr Verhältnis zum Wertgesetz – wie es auf der Ebene weltweiter Akkumulation gilt – untersuchte (vgl. Amin 1975, S. 82–105).

6.

Die beiden Bereiche – die inländische Konjunktur und die internationale Konkurrenzfähigkeit – sind eng miteinander verknüpft. Deshalb ist die Geldpolitik noch immer das Instrument *par excellence* der Wirtschaftspolitik des bürgerlichen Staats.

In beiden Bereichen wirken also Kräfte, die die Zinsrate bestimmen – und beide Bereiche fallen ins Gebiet des historischen Materialismus und nicht der Ökonomie. Ökonomische Theorie – gemeint ist »reine« ökonomische Theorie, also eine Wissenschaft, die unabhängig vom historischen Materialismus ist – ignoriert den Staat, den kollektiven Ausdruck der Bourgeoisie, und die Nationalstaaten der zentralen Bourgeoisien, die miteinander in Konflikt stehen. Der Marxismus hingegen berücksichtigt diese Aspekte der gesellschaftlichen Realität und behandelt »ökonomische« Fragen nie isoliert davon. In diesem Zusammenhang haben uns die Analysen von Suzanne de Brunhoff (1976), auch wenn sie

hinsichtlich des Geldangebots zu sehr eine bloße Exegese von Marx bleiben, sehr treffend an die enge Beziehung zwischen Staat und Geld erinnert, die der Analyse im *Kapital* inhärent ist.

Die bürgerliche ökonomistische Ideologie hat auf diesem Feld Dutzende von Theorien und Denkschulen und Tausende von Modellen und Rezepten hervorgebracht. Aber all diese Theorien haben zwei charakteristische Merkmale gemeinsam – und diese sind gleichzeitig der Grund, warum sie ideologisch bleiben. Erstens übergehen sie die Bedeutung von Krisen für die Wiederherstellung der Ordnung (da der harmonische Charakter des kapitalistischen Wachstums nicht angezweifelt werden soll, müssen Krisen immer als Unfälle dargestellt werden). Zweitens ignorieren sie das Wesen des Kampfs um Anteile an der Weltherrschaft (da in der bürgerlichen Ideologie die Ökonomie, in der friedlicher »Wettbewerb« herrschen soll, und die Politik, die zugegebenermaßen ein Schauplatz bösen und aggressiven Verhaltens ist, säuberlich voneinander getrennt werden).

Zweifellos musste der konkrete Inhalt dieser Theorien an die jeweilige Entwicklung des Systems mehr oder weniger angepasst werden. Die Veränderungen der vorherrschenden Formen der Konkurrenz (die Bildung von Monopolen), die Durchdringung von Industrie- und Finanzkapital, das Aufkündigen der internen Konvertierbarkeit in wertvolle Metalle, die Formierung internationaler Währungsblöcke – all diese Phänomene, die für die Analyse des Imperialismus wichtig sind, haben die Spielregeln der Geldsphäre und den Zusammenhang zwischen inländischen und internationalen Konjunkturen verändert.

Oberster Zweck dieser ökonomistischen Ideologie ist nach wie vor, ein allgemeines Modell des monetären Gleichgewichts zu formulieren, das das von Léon Walras erdachte Modell des allgemeinen Gleichgewichts erweitert und vollendet. Die Methode des historischen Materialismus steht im direkten Gegensatz zu dieser Forschung. Und zwar nicht, weil sie monetäre Techniken und Politiken unberücksichtigt ließe, sondern weil sie darüber hinausgeht, indem sie diese Techniken und Politiken in ihren Kontext stellt – als Instrumente des bürgerlichen Staats im inländischen und internationalen Klassenkampf.